

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.09.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18.55 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Dr. Christine Gröger	Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Herr Uwe Theiß	Ressortleiter Sozialamt

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	vertreten durch Herrn Busse
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Ute Borchert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen	
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt	
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt	
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung.

Sie sprach zum Anfang der Sitzung zwei Dinge an.

Zum ersten liegt die neue Geschäftsordnung für den Stadtrat vor, für die Stadträte und sachkundigen Einwohner wurde ein Exemplar verteilt. Sie wie darauf hin, dass danach den sachkundigen Einwohnern die Möglichkeit gegeben werde, ein Votum abzugeben. **Herr Müller, CDU-Fraktion**, brachte den Einwand, dass dies jedoch verschiedene Interpretationen zuließe. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses** sagte, dass hier nicht geklärt werden kann, welche Interpretation richtig wäre.

Zum anderen gab es einen tragischen Fall auf der Silberhöhe. Dieser Fall wird zum Anlass genommen, dass **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, über das Hilfesystem in der Stadt Halle informieren würde, dies sollte gleich zu Beginn der Sitzung geschehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, schlug vor, dass zum sozialen Netz der Stadt Halle Herr Theiß und Frau Dr. Gröger Mitteilungen machen sowie auch die Geschäftsführung des Jobcenters. Hier können von vornherein Probleme und Fragen geklärt werden.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, möchte diese Information unter dem Punkt Mitteilungen und stimmte dieser Verfahrensweise nicht zu. Unter Tagesordnungspunkt Anfragen gibt es dann die Möglichkeit für Nachfragen dazu.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, machte den Vorschlag, TOP 7 und 8 vorzuziehen. Hiermit erklären sie alle Mitglieder einverstanden.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, bat darum, unter Mitteilungen die Probleme zum sozialen Netzwerk zu behandeln.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.7.2012
4. Beschlussvorlagen
5. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
6. Vorstellung des Wohnprojektes "AMPEL - Verein von Eltern und Angehörigen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung"

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe  
Vorlage: V/2012/10856
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
  - 8.1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Asylbewerberleistungsgesetz  
Vorlage: V/2012/10915
9. Mitteilungen
  - 9.1. Bericht der Seniorenbeauftragten
  - 9.2. Informationen zum sozialen Netzwerk der Stadt Halle
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.7.2012**

Herr Bonan bat, TOP 9.1 folgendermaßen zu ergänzen:

„Herr Bonan fragte nach, ob in der vorgelegten Statistik zur Anzahl der Menschen mit Behinderungen in Halle auch die ca. 200 blinden und sehbehinderten Rehabilitanden des BFW Halle enthalten sind. Diese Gruppe habe während ihrer (bis zu drei Jahre währenden) Ausbildung ihren Zweitwohnsitz in Halle. Herr Dr. Fischer antwortete, dass diese Gruppe nicht in der vorgelegten Statistik erfasst sei.“

Mit dieser Ergänzung wurde die Niederschrift bestätigt.

**Beschluss: einstimmig zugestimmt**

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

### **zu 5 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erteilte **Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle**, das Wort. Sie erläuterte die aktuelle Statistik, die an die Mitglieder verteilt wurde. Anschließend sprach **Frau Grummisch, Bereichsleiterin des Jobcenters Halle**, über die aktuellen Fallzahlen Bildung und Teilhabe im Rechtskreis SGB II.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich bei den Vertreterinnen des Jobcenters.

**zu 6           Anträge von Fraktionen und Stadträten**  
**zu 6.1       Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe**  
**Vorlage: V/2012/10856**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies auf den geänderten Antrag hin, der soeben ausgeteilt wurde und erteilte **Herr Müller, CDU-Fraktion**, das Wort.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass der ursprüngliche Antrag etwas kurz gefasst war. Es geht hiermit in erster Linie um eine Aktualisierung der bestehenden Konzepte. Dies kommt beim geänderten Antrag besser zur Geltung. Es geht ausschließlich um ein räumliches Konzept. Die Träger vor Ort sollen in die Aktualisierung mit einbezogen werden von der Verwaltung. Deshalb wurde nun mehr Zeit eingeräumt. Die Beschlussfassung sollte auf die nächste Sitzung vertagt werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, sagte, hier sollte deutlicher formuliert werden, um welches Konzept es geht. Es gibt eins und muss nicht neu geschrieben werden. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

**Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, sieht dies ähnlich. Sie schließt sich der Aussage von Frau Wolff an. Es muss geprüft werden, ob dieser geänderte Antrag noch einmal in den Jugendhilfeausschuss muss.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, wieso wird eine überdurchschnittliche Förderung gesehen, warum wird dies nur auf die Silberhöhe bezogen, was wird unter effizienteren Strukturen gesehen?

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fügte hinzu, dass man die Einrichtung benennen sollte, im SGGa geht es nur um soziale Einrichtungen, nicht um Jugendeinrichtungen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, sprach die unterschiedlichen Bereiche wie Schule, soziale Bereiche usw. an. Es gibt verschiedene konzeptionelle Bereiche, z. B. Außenflächen an Schulen, die man auch für andere Zwecke nutzen könne. Er versteht es so, dass räumliche Ressourcen so zu nutzen seien, dass kein Leerstand entsteht.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, sprach Auslastungsdefizite an, die finanziert werden müssen. Er möchte den Träger hier nicht nennen, der kein Konzept vorgelegt hat. Dies darf gegenüber den anderen Trägern nicht sein. Der Antrag wird von der Fraktion zurückgestellt.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, warum hier genau die Silberhöhe genannt wird, hier sollte das Gesamtkonzept gesehen werden.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, gesagt hat, dass das Konzept für die Silberhöhe im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden muss, dies ist nicht passiert. Das Jugendhilfekonzept ist hier nicht das Thema. Sie fragte, um welche Raumangebote es jetzt geht. Was muss das Ergebnis sein?

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, sprach an, dass nur ein Stadtteil angesehen werden soll, dies ist hier geschehen. Wenn andere Sozialräume mit aufgenommen werden sollen, kann darüber gesprochen werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, hält** zum Ende der Diskussion fest, dass der Antrag von der CDU-Fraktion zurückgestellt wird und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen wird.

**Beschluss: von der CDU-Fraktion zurückgestellt**

**zu 7 Vorstellung des Wohnprojektes "AMPEL - Verein von Eltern und Angehörigen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung"**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** erteilte den Vertretern des Vereins, **Frau Baumgarth und Herrn Dr. Rürup** das Wort.

**Herr Dr. Rürup** gab einleitende Worte zur Vorstellung des Vereins und bedankte sich für die Möglichkeit, dies hier im Ausschuss zu tun.

**Frau Baumgarth** erläutert anhand einer Präsentation das Anliegen des Vereins und das Wohnprojekt. Es geht um eine neue Wohnform mit behinderten und nicht behinderten erwachsenen Menschen, es soll den behinderten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

**Herr Dr. Rürup** ergänzte anschließend die Erläuterungen Die Angehörigen sollen mit einbezogen werden bei der Gestaltung des Projektes.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** dankte den Vertretern des Vereins und ließ Fragen zu.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion,** fragte, ob es schon konkrete Gespräche mit Wohnungsunternehmen gegeben hat. **Frau Baumgarth** informierte über Angebote, diese sind meist nicht nutzbar, zwei Objekte werden noch geprüft.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte,** fragte nach der Größenordnung. **Frau Baumgarth** sprach von 900 m<sup>2</sup> Gesamtfläche. Es gibt genügend Interessenten durch die Mitglieder des Vereins. Der Bedarf wächst ständig.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** hat das Projekt am Selbsthilfetag kennengelernt. Hier sollte im Ausschuss deutlich gemacht werden, dass es sehr sinnvoll sei.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte nach der Finanzierung. **Herr Dr. Rürup** informierte über Förderungen von Land und über Wohlfahrtsverbände.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter,** informierte, dass diese Wohnform nicht neu sei und sprach ähnliche Projekte von Lebenstraum und der Riebeck-Stiftung an. Die Finanzierung sei jedoch nicht so einfach, wie hier dargestellt wurde. Eine Anschubfinanzierung über die Aktion Mensch ist nicht langfristig, jedoch sei das Projekt keinesfalls unrealistisch.

**Frau Baumgarth** sagte, dass ein Investor gefunden werden muss.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE,** fragte, ob beide kommunalen Wohnungsunternehmen sich auch bei solchen Projekten engagieren. **Herr Dr. Rürup** informierte, dass HWG und GWG Angebote unterbreitet haben, die jedoch von den Mitgliedern des Vereins nicht gewollt seien, z. B. weil keine Barrierefreiheit vorhanden sei.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte den Vertretern des Vereins für die Informationen.

**zu 8**            **schriftliche Anfragen von Stadträten**  
**zu 8.1**         **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum**  
                  **Asylbewerberleistungsgesetz**  
                  **Vorlage: V/2012/10915**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, verwies auf die ausgeteilte schriftliche Antwort der Verwaltung.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, fragte wie sich die Erhöhung des Regelsatzes verteilt.  
**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte, es sei eine Leistung vom Bund, die Erstattung laufe über das Land. Eine Anpassung erfolgte deshalb, da der Regelsatz längere Zeit nicht erhöht wurde. Ohne zeitliche Verschiebung wird die Auszahlung erfolgen. Er bat Herrn Theiß um Ergänzung.

**Herr Theiß, Ressortleiter Sozialamt** informierte, dass die durch das Gerichtsurteil ab 1. August beschlossene Regelsatzerhöhung nur mit einer Übergangsregelung erfolgen kann. Ab 26. Oktober kann dann komplett richtig gezahlt werden.

**zu 9**            **Mitteilungen**

**Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration**, verteilte Broschüren zur Interkulturellen Woche 2012 und lud dazu ein.

**zu 9.1**         **Bericht der Seniorenbeauftragten**

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, teilte Informationsmaterial aus.  
Sie lud zu einer Ausstellung „Neue Bilder vom Alter(n)“ in die Leopoldina ein.  
Sie erläuterte die demografische Situation und die Dimensionen des Älterwerdens in der Stadt Halle. Anschließend sprach sie die Initiative ALTER:NATIVE an, hierzu wurde eine Dokumentation zur Verfügung gestellt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, ließ Fragen zu.  
**Frau Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach einem Geschlechtervergleich, Alter und Armut, Zuschussleistungen zur Rente.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, dankte für die Zusammenstellung und fragte nach neuen Erkenntnissen.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, fragte nach Stadtteil 594 (weiß in Stadtübersicht).

**Herr Weinert, sachkundiger Einwohner SPD-Fraktion**, bedankte sich ebenfalls für das Material und fragte auf Seite 4 zur innerstädtische Mobilität: Werden Angebote unterbreitet?

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, beantwortete die Frage zum Geschlechtervergleich, dass jetzt auch die Männer eine hohe Lebenserwartung haben, nicht nur die Frauen wie in vorigen Jahren, der Vergleich flacht hier ab. Ältere Menschen über 65 Jahren leben jetzt oft allein. Bei der Grundsicherung im Alter gibt es im Sozialamt eine Statistik, diese wird nachgereicht. Zum Einkommen gibt es eine Landesstatistik, welche ebenfalls nachgereicht werden kann. Nr. 594 sei die Dölauer Heide, hier leben nur 14 Menschen über 65 Jahren. Zur Anfrage von Herrn Weinert informierte sie, dass es für den

hohen Anteil älterer Menschen in bestimmten Gebieten nicht nur eine Erklärung gibt. Ältere Menschen wohnen gern dort, wo Angebote vorhanden sind und eine gute Infrastruktur ist.

## **zu 9.2 Informationen zum sozialen Netzwerk der Stadt Halle**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sowie zu TOP 10 nimmt **Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE**, für **Herrn Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE**, in seiner Vertretung am Tisch Platz.

**Herr Kogge Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte über ein tragisches Vorkommnis auf der Silberhöhe. Er gab Erläuterungen zum vorgelegten Strukturbild zum sozialen Netzwerk der Stadt Halle. In der Mitte steht nur als Beispiel die Wohnungslosigkeit, hier wären auch andere soziale Notlagen einsetzbar. Es können nicht alle Sachen phantastisch klappen. Der Mensch muss die Hilfe auch wollen und zu uns kommen und sich melden. Hier sind auch andere Partner mit aufgezeichnet. Dieses Netzwerk wurde im aktuellen Fall nicht in Anspruch genommen.

**Herr Theiß, Ressortleiter Sozialamt**, ergänzte, dass das Sozialamt über die SGB-Regelungen einbezogen ist. Vermieter informieren, wenn zwei Monatsmieten fehlen und Kündigung erfolgen soll. Hier kann das Sozialamt die Regulierung der Mietschulden anstreben. Eine Einladung zur Vorsprache ist die erste Handlungsmaßnahme. Im konkreten Fall wurde kein Kontakt durch die Mieterin mit dem Amt aufgenommen. Oft wird Hilfe nicht in Anspruch genommen. In diesem Fall ist die Räumung in Gang gesetzt worden, Sozialarbeiter haben deshalb einen Hausbesuch angekündigt.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dies müsse im nicht öffentlichen Teil behandelt werden.

**Herr Theiß, Ressortleiter Sozialamt**, verdeutlichte, dass es sich hier um eine generelle Vorgehensweise in vielen Fällen handelt und um allgemeine Hilfemaßnahmen des Netzwerkes, die nicht auf eine Person bezogen sind. Wenn ein Mieter sich weigert, kann man hier nicht helfen.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, versicherte, dass solche tragischen Ereignisse schon zu Herzen gehen und bestätigt das funktionierende Netzwerk. Wenn Anzeichen gegeben sind, wissen die Mitarbeiter, dass sie reagieren müssen. Hier wird fast zu oft Hilfe angeboten, die nicht jeder annimmt. Es gibt ganz viele Angebote für psychisch Beeinträchtigte. Wenn jedoch keine Signale erkennbar sind, kann nicht eingegriffen werden.

**Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, ergänzte aus Sicht des Gesundheitsamtes, dass nur gehandelt werden kann, wenn bestimmte Dinge bekannt sind und bittet alle darum, auffällige Dinge zu melden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte für die Informationen.

## **zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat Fragen zum sozialen Netzwerk zu stellen.

**Frau Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat zum aktuellen Fall Silberhöhe die Anonymität zu bewahren. Sie findet das Netz gut, aber die Maschen werden immer weiter durch die finanzielle Situation. Sie fragte nach Indikatoren.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** sagte, dass es sich hier um keine normale Situation handelt. Wenn Anzeichen gesehen werden, kann eingegriffen werden, hier gibt es im konkreten Fall auch keine Lücken. Es gibt heute immer mehr individuelle Lebensformen, so dass diese Dinge nicht mehr verhindert werden können.

**Herr Theiß, Ressortleiter Sozialamt,** ergänzte, dass Vermieter, Nachbarn, Familie und Freunde gefragt sind, wenn die Person selbst keine Hilfe sucht.

**Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen,** sagte, wenn ein Mensch keinen Kontakt mehr wünscht, wenn jemand stark abgenommen hat usw., kann das von Außenstehenden wahrgenommen werden. Jedoch kann nicht geholfen werden, wenn ein bestimmter Lebensstil bewusst gewählt wird.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle,** informierte, dass bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen der Leistungsanspruch aus verschiedenen Gründen entfallen kann, was dazu führt, dass kein Folgeantrag gestellt wird. Hier kann nicht immer nachgefragt werden, warum.

**Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE,** sprach an, dass die konkrete Situation Anlass ist, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen. Es gab hier in diesem Fall mehrere Angebote und Hilfen.

Laut einem Bericht sei ihr bekannt, dass 80.000 Jugendliche unter sogenannte „Aussanktionierte“ fallen. Wie kann man mit diesen Gruppen umgehen?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** sprach an, dass die Aufgabe für unsere Gesellschaft bleibt, diesen Menschen zu helfen, was kann verbessert werden, auch im Bereich der Jugendlichen.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle,** ist der Meinung, dass Sanktionierung den Jugendlichen nicht hilft. Sie sind jedoch weiter in Betreuung und erhalten Termine, sich im Jobcenter vorzustellen.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte nach, ob auch gesetzliche Betreuer eingesetzt werden.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle,** antwortete, dass nicht immer ein gesetzlicher Betreuer eingesetzt werden muss, hier sind auch Hilfen von Vereinen, Nachbarn und Familie möglich. In Extremsituationen werden aber auch gerichtlich bestimmte Betreuer angefordert.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** bat um weitere Fragen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** fragte zu Dornrosa e. V. nach der Haushaltssituation und nach dem Konzept Suchthilfe.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** informierte, dass das Konzept Suchthilfe Thema im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sein wird.

Von Frau **Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion,** lag zur Sitzung schon folgende Anfrage an die Geschäftsführung des Jobcenters vor:

„Zur Erhöhung des Serviceangebotes und Vermeidung von Wartezeiten werden zunehmend Dienstleistungen in Verwaltung und Behörden digitalisiert. Frage: Ist es auch beim Jobcenter möglich bzw. vorgesehen, Anträge und Formulare abzurufen bzw. zur Bearbeitung digital weiterzuleiten?“

Wenn ja, auf welche Bereiche trifft dies bereits zu? Wenn nein, wann ist dieser Service vorgesehen?“

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, informiert über die Internetseite des Jobcenters [www.jobcenter-hallesaale.de](http://www.jobcenter-hallesaale.de) mit Verlinkung zur Arbeitsagentur und zur Stadt Halle. Anträge zur Leistungsgewährung, Folgeanträge sowie Anträge zu Bildung und Teilhabe können abgerufen werden. Der Antrag sollte jedoch persönlich abgegeben werden, damit eine Beratung erfolgen kann.

Folgende Anfrage an Frau Dr. Schwarzer lag ebenfalls von Frau Tomczyk-Radji vor:

„In Halle ist zunehmend eine Fuchsplage zu beobachten. Handelte es sich anfangs um Randgebiete wie Heide usw. kommen die Tiere jetzt insbes. nachts bis in die Innenstadt (Ankerstr.), durchwühlen Papierkörbe und hinterlassen Kot.

Frage: Wie geht die Stadt dagegen vor?“

**Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen** antwortete, dass der Fuchs dem Jagdrecht unterliegt. Nur durch Bejagung kann der Bestand reduziert werden, dies unterliegt dem Ordnungsamt. Man muss sich mit den Füchsen in der Großstadt arrangieren. Gefährdungen und Erkrankungen werden beobachtet. Bisswunden seien nicht bekannt. Die Tollwut ist seit 2009 in Deutschland nicht mehr aufgetreten. Es gab in Deutschland Impfkationen. Aufgrund dieser Tatsachen geht keine Gefahr vom Fuchs aus. Tot aufgefundene, überfahrene Füchse werden untersucht nach Krankheiten. Der Fuchsbandwurm kann beim Menschen gefährlich werden, jedoch wäre eine Entwurmungsaktion der Füchse zu teuer. Bei Untersuchungen wurde auch Staupe nachgewiesen, hierzu gab es eine Presseinformation und der Hinweis an die Bürger, die Hunde impfen zu lassen. Das Wort „Plage“ sei nicht angebracht. Die meisten Menschen mögen die Füchse. Bei Problemen kann man sich jedoch an das Ordnungsamt wenden.

**Herr Busse, CDU-Fraktion**, merkte an, dass Füchse nicht so schädlich wie Wildschweine seien. Er verweist an den Stadtjäger, der helfen kann.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, fragte die Geschäftsführung des Jobcenter nach gesetzeswidrigen Arbeitsverträgen, im konkreten Fall im Wachgewerbe. **Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, bat sich in solchen Fällen an einen Rechtsanwalt zu wenden bzw. das Arbeitsgericht einzuschalten. Arbeitsverträge sind eine vertragliche Regelung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

**Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE**, fragte nach dem Stand der Fördermittel, die der Ausschuss beschlossen habe, insbesondere für die Schöpfkelle, aber auch für andere Vereine.

**Herr Theiß, Ressortleiter Sozialamt**, informierte, dass die Freigabe für die Schöpfkelle beantragt sei, der Haushalt sei noch gesperrt. Er nimmt die Frage mit an Frau Winter. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um baldige Antwort, nicht erst zur nächsten Sitzung.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob geprüft wird, ob 60 oder 80 % Drittmittel vorliegen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, bestätigt dies. Er sagte, dass die Verwaltung die Vereine, die eine Förderung aus dem Bereich freiwillige Leistungen beantragt hatten, über die Möglichkeit informiert, unter der Bedingung der Haushaltssperre, Fördermittel abzufordern.

**zu 11 Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.10.12

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Martina Kerner  
Protokollführerin